

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	58. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	18. Februar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

**Punkt 15 der Tagesordnung: Aufnahme einer Projektpartnerschaft im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit
Antrag der Stadträtin Bettina Lisbach und der Stadträte Alexander Geiger und Dr. Christofer Leschinger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 17. Dezember 2013**

Vorlage: 2013/0314

dazu:

Änderungsantrag der Stadträte Thomas H. Hock und Tom Høyem (FDP) sowie der FDP-Gemeinderatsfraktion vom 17. Februar 2014

Vorlage: 2014/0417

Beschluss:

Zustimmung zum Antrag der GRÜNEN, einschließlich des Änderungsantrags der FDP, welcher als Ziffer 4 in den Antrag der GRÜNEN aufgenommen wurde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion sowie auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Die Stadt Karlsruhe tritt für soziale Gerechtigkeit weltweit ein. Als Kommune wirkt Karlsruhe darauf hin, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Städten des Südens kontinuierlich zu stärken und auszubauen.

Diese beiden Sätze finden sich auf den Internetseiten der Stadt Karlsruhe hinterlegt. So beginnt auch unsere Begründung für den Antrag "Aufnahme einer Projektpartnerschaft im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit".

Kurze Rückblende: Es ist fast sieben Jahre her, da hat der Gemeinderat die Millenniumserklärung des Deutschen Städtetages angenommen, im Jahr 2007 im Juli. Es war seinerzeit ein äußerst starkes Signal. Das Haus hat die Millenniumserklärung einstimmig

angenommen. Bestandteil dieser Erklärung war unter Punkt 4, Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen in den Ländern des Südens zu prüfen. Explizit wurde damals ausgeführt, ich zitiere: "Erweiterung des bestehenden Partnerschaftsnetzes auf Dreieckspartnerschaften mit einer oder mehreren Kommunen aus EU-Ländern und einer Kommune aus Ländern des Südens. Förderung starker selbstverwalteter Kommunen in den Entwicklungsländern durch Unterstützung des kommunalen fachlichen Wissenstransfers im Rahmen des Einsatzes von kommunalen Expertinnen und Experten in kommunalen Entwicklungsprojekten erfahrener Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit."

Ich gebe zu, dieser Satz war etwas schachtelig, aber er ist zitiert. Er stammt nicht von mir, obwohl er in seiner Ausprägung tatsächlich auch so verschachtelt von mir sein könnte.

(Heiterkeit)

Für die Antragspunkte 1 und 2 unseres Antrags lag also ein einstimmiger Prüfauftrag des Gemeinderates vor, zugegebenerweise schon sieben Jahre alt. Aber dadurch hat er nichts von seiner Beschlusskraft verloren. Es ist immer noch der aktuelle Beschluss zu diesem Themenfeld. Auch in jüngerer Vergangenheit haben wir mit der Internationalisierungsstrategie zum Feld der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit Beschlüsse gefasst und uns zu ihr bekannt. Wir freuen uns sehr darüber, dass die Stellungnahme der Verwaltung so ausgesprochen positiv war. Vor allem freuen wir uns auch darüber, dass die Voranfrage bei den Karlsruher Partnerstädten zwei grundsätzliche Interessensbekundungen von Nancy und Temeschwar ergeben haben, für die Bildung einer multilateralen Partnerschaft.

Ein positives Beispiel einer solchen Dreieckspartnerschaft liegt auch in Baden-Württemberg vor, nämlich in der partnerschaftlichen Verbindung der Stadt Albstadt, dem französischen Chambéry und dem burundischen Bisoro. Inspiriert davon, aber auch durch die Landesaktivitäten, die die Partnerschaft zwischen Burundi und Baden-Württemberg auf eine neue Grundlage stellen wollen, entstand die Idee zum Antragspunkt 3, nämlich die Aufnahme einer Verbindung mit einer Kommune oder Region in Burundi zu prüfen.

Burundi ist allgemein wenig Thema in den Medien, obwohl dort durchaus viel passiert ist. Leider auch nicht unbedingt nur Gutes. Burundi stand selten im Fokus der internationalen Öffentlichkeit. Dabei hatte es ähnliche Problemlagen zu meistern wie das benachbarte Ruanda, inklusive der ethnischen Konflikte, die Anfang der 90er Jahre damals ausgebrochen sind. Inzwischen hat sich die politische Lage erheblich gebessert. Dennoch belegt das Land im Human Development Index einen der hinteren Plätze, Nr. 178 von 186 im Jahr 2012. Auch die Welthungerhilfe weißt in den Jahresberichten oft darauf hin, dass Burundi eines der am stärksten von Hunger betroffenen Länder der Welt ist. Aber in Burundi gibt es jetzt natürlich nicht nur Schrecklichkeiten. In Burundi gibt es auch Lebensfreude. In Burundi ist die Bevölkerung ausgesprochen jung. Trotz der schrecklichen Ereignisse in der Vergangenheit wird durch dort Aktive immer wieder hervorgehoben, dass gerade die Lebensfreude der Burunder sehr ansteckend ist und dass es auch etwas gibt, was Europäer dort sehr mitnehmen können.

So ist auch unser Antrag definitiv gemeint. Wir hatten Kritik erfahren, auch von zivilgesellschaftlicher Seite, vor allem mit der Begründung und dem Verweis auf die historische Dimension mit der Kolonialvergangenheit dort. Ich möchte heute noch einmal explizit klarstellen, dass unser Antragsbegehren nicht dahin geht, dass wir es besser wissen oder dass wir irgendeine Form von Verfügungsgewalt dort hätten, sondern es geht einfach darum, dass wir auch aus diesen Gründen heraus auf Augenhöhe eine Partnerschaft anstreben wollen mit Burundi.

Burundi hat leider jetzt momentan ein ziemlich aktuelles Problem. Letzte Woche gab es dort sehr schwere Regenfälle, die zu Erdbeben geführt haben. Dementsprechend ist dort auch unbürokratische Hilfe vonnöten. Soweit ich weiß, ist die Europäische Schule dort aktiv, auch die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit hat jetzt - heute ist es mir zugegangen - ein Spendenkonto eröffnet. Da müsste man vielleicht schauen, ob man kurzfristig etwas tun kann.

Antragsbegehren hier ist aber, eine tragfähige nachhaltige Entwicklungspartnerschaft zu begründen. Dafür brauchen wir definitiv auch zivilgesellschaftliches Engagement. Das kann nicht nur von Kommunen getragen werden. So habe ich aber auch die Stellungnahme der Verwaltung nicht verstanden, dass das nur ein Projekt zwischen Kommunen ist, das völlig losgelöst von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten vorangetrieben werden soll, sondern sehr wohl mit diesen. In Karlsruhe haben wir auch entsprechend vorhandenes Engagement schon in der Vergangenheit gehabt. Viele Schulen haben über Burundi informiert, Veranstaltungen durchgeführt und Spenden für Burundi gesammelt, u. a. auch die Europäische Schule, aber auch Schulen, die explizit keine interkulturelle Kompetenz aufweisen, wie allgemeinbildende Gymnasien in Karlsruhe.

Ich komme dann zum Ende. Ich möchte noch zum Änderungsantrag der FDP mich äußern. Wir haben - wie eben ausgeführt - überhaupt nichts gegen die Einbindung der zivilgesellschaftlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen. Was ich allerdings nicht mittragen kann, ist die Streichung des Antragspunktes 2, der auf die Dreieckspartnerschaften abzielt. Denn das ist eine gültige Beschlusslage, die wir auch weiterhin hochhalten wollen. Wir hätten aber z. B. überhaupt nichts dagegen - wenn die FDP dies mitgeht -, das inhaltliche Begehren, die Bildung eines entwicklungspolitischen Beirats als Punkt 4 dem Antrag hinzuzufügen, also aus dem Änderungsantrag einen Ergänzungsantrag zu machen, wenn die Stadtverwaltung uns zusagt, zum gegebenen Zeitpunkt rechtzeitig vor der konkreten Ausgestaltung von Projekten, einen solchen Beirat einzuberufen. Damit kann ich auf jeden Fall leben. Ich hoffe, die FDP kann damit auch leben.

Ich möchte mit einem Zitat schließen, das damals auch im Rahmen der Millenniumserklärung der ehemalige Oberbürgermeister bemüht hat. Es ist ein afrikanisches Sprichwort. "Wenn viele kleine Menschen an vielen kleinen Orten viele kleine Schritte gemeinsam tun, verändert sich die Welt." Ich bitte Sie, uns zu unterstützen, um gemeinsam mit vielen engagierten Menschen weitere Schritte zu tun für eine Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe mit einer Stadt oder Region des Südens.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Høyem (FDP): Dieser Antrag bringt uns Liberale und mich persönlich in ein schwerwiegendes Dilemma. Selbstverständlich ist Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern wichtig und positiv, deshalb stimmen wir auch am Ende mit Ja zu diesem Antrag. Der Antrag soll eigentlich die Geburt eines langfristig angelegten Projekts sein. Aber man hat nahezu alle Geburtsfehler gemacht, die man machen kann. Eine große Gefahr ist - das ist eine echte Gefahr -, dass dieser Antrag am Ende die ehrenamtlichen Akteure demotiviert statt motiviert und in Wirklichkeit statt einer Optimierung eine Verhinderung für die partnerschaftliche Verbindung mit Burundi wird.

Ich begrenze mich auf fünf Probleme, die deutlich illustrieren, wie wenig Einsicht und Fingerspitzengefühl man für dieses Thema besitzt:

1. Die Millenniumserklärung. Für Ehrenamtliche in Karlsruhe weckt diese schöne Zukunftserklärung nur peinliche Erinnerungen. Mein eigener Parteiminister, Herr Niebel, hat leider die ganze Millenniumsarbeit in Deutschland praktisch gestoppt. Sehr bedauerlich. In Karlsruhe haben sich viele Ehrenamtliche für die Millenniumserklärung eingesetzt. Aber wurde die Millenniumskampagne in Deutschland, hier in Karlsruhe, der besonderen Herausforderung gerecht? Nein.

Ich erinnere mich daran, dass nach Schätzungen der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) jährlich 18 Millionen Menschen an Unterernährung sterben. Dieses massenhafte Verhungern könnte durchaus verhindert werden. Die Millenniumsbeauftragte, Dr. Rene Ernst, hat dies bei ihrem Vortrag in Karlsruhe dargelegt.

2. Der Antrag spricht wieder und wieder über das Kompetenzzentrum der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg. Der Begriff "Kompetenzzentrum" weckt die Illusion, tatsächlich über notwendige Ressourcen, partnerschaftliche Kontakte sowie allgemeine Kenntnisse über Burundi zu verfügen. Um nicht erst überhaupt eine solche Illusion aufkommen zu lassen, wäre es hilfreich, sich mit den jahrzehntelangen Verbindungen und Erfahrungen von Akteuren unseres Nachbarlandes Rheinland-Pfalz und Ruanda zu befassen. Bis jetzt war Stuttgart oft bekannt für Peinlichkeiten Burundi gegenüber.

Der Antrag sagt, dass der Bildungsminister, Dr. Kibaya, Karlsruhe besucht hat. Ja, nachdem Stuttgart eine Panne und Peinlichkeit nach der anderen und totales Chaos geschaffen hatte, haben wir von der Europäischen Schule Karlsruhe Dr. Kibaya eingeladen und die Unkosten bezahlt. Herr Oberbürgermeister Fenrich hat glücklicherweise spontan die peinliche Situation verstanden, und zusammen haben wir einen erfolgreichen Besuch durchgeführt.

3. Die Grünen hätten durchaus einen interfraktionellen Antrag mit uns diskutieren können. Leider ist das nicht passiert. In den letzten neun Jahren hat allein meine Schule Burundi mit 75.000 € unterstützt, unsere Kollegen aus Bujumbura nach Karlsruhe eingeladen und viele von unseren Mitarbeitern nach Bujumbura geschickt. Die Projekte sind auf Augenhöhe und mit der ganzen Schulgemeinde in Karlsruhe und Bujumbura in eine echte Partnerschaft eingebunden.

Letzte Woche gab es in Bujumbura große Überschwemmungen mit mehr als 60 Toten. Viele Familien haben alles verloren. Wir waren sofort in telefonischem Kontakt und haben am gleichen Tag 5.000 € an unsere Partner in Bujumbura geschickt.

Viele andere ehrenamtliche Partner werden diesen theoretischen Antrag bestimmt auch nicht als motivierend sondern als demotivierend erleben, weil sie überhaupt nicht in die Vorbereitung involviert waren.

4. Der Antrag benutzt die deutsche Kolonialzeit als Argument. Es ist eine Auffassung von Geschichte, die nicht nur irrelevant, sondern auch peinlich ist. Peinlich, weil es Kreise in Deutschland gibt, die noch heute Deutschland als gute, zivilisierende Kolonialmacht betrachten. Dass zu denjenigen, die Geschichte verkleistern, die Partei der Grünen gehört, ist bemerkenswert. Das schlechte Gewissen mag ernst gedacht sein, aber das muss man mit sich selber ausmachen. Es ist nicht relevant für die afrikanische Zukunft.
5. Nahezu am schlimmsten ist die Argumentation, dass wir in Burundi die grünen Ideologieschwerpunkte Energie und Abfallwirtschaft in Fokus bringen sollen. Es hört sich nahezu wie ein missionarischer Eifer an. "Die armen Afrikaner wissen nicht, was am wichtigsten für ihr Land ist." Diese Haltung hat nichts mit Respekt und Partnerschaft auf Augenhöhe zu tun. Vielleicht muss man lernen, dass die Entscheidungsträger in Burundi das eigene Land und den Bedarf besser kennen als wir und dass die Unterstützung und Kooperation mehr als Einmischung von Besserwissern braucht.

Wir stimmen Punkt 1 und 3 Ihres Antrags zu. Aber um zu vermeiden, dass dieser Antrag als demotivierende Verhinderung statt Optimierung für die bestehende partnerschaftliche Verbindung endet, ist es zwingend notwendig, dass dieses Schreibtischprodukt zunächst zivilgesellschaftliche Akteure einbezieht und ihre Erfahrungen nutzbar macht. Deshalb stellen wir einen Änderungsantrag.

Den Vorschlag der Grünen, einen Kompromiss zu machen, so dass die Ehrenamtlichen als Punkt 4 wirklich fest eingebunden werden, akzeptieren wir. Aber ohne das müssen wir leider dagegen stimmen. Die Ehrenamtlichen sind sehr wichtig in diesem Zusammenhang. Deshalb bitte die Tausende von Leuten, die ehrenamtlich involviert sind, nicht demotivieren sondern motivieren.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Fischer (SPD): Wir unterstützen den Antrag ausdrücklich und begrüßen ihn auch. Aber meine beiden Vorredner haben sehr deutlich gemacht, dass wir vielleicht in der Situation sind, dass die Verwaltung den zweiten Schritt vor dem ersten macht. Bisher war es so: Projektpartnerschaften sind aus dem bürgerschaftlichen Engagement heraus entstanden. Die Verwaltung hat eine dienende Aufgabe übernommen. Ich glaube, das haben beide Beiträge noch einmal sehr deutlich gemacht, auch von Herrn Geiger. Wir sollten nicht vorschnell als Verwaltung etwas auf den Weg bringen und die bisher wirklich sehr erfolgreiche und umfangreiche Arbeit, die ich z. B. gar nicht in allen

Einzelheiten kenne, hinten anstehen lassen. Ich halte es in einem ersten Schritt für sehr wichtig, uns genau zu informieren - das gilt insbesondere für die politischen Gremien - und zuzuhören, was es in Karlsruhe für Gruppen gibt, welche Aktivitäten gibt es, welche Schwerpunkte haben diese.

(Vereinzelter Beifall)

Diesen Prozess der Information und auch des Zuhörens halte ich für sehr wichtig, damit - ich sage es ganz deutlich - diese Projektpartnerschaft erfolgreich werden kann. Wir haben bisher bei den Partnerschaften die Verwaltung immer in einer dienenden Rolle gesehen. Ich denke, auch das wäre hier sehr wichtig.

Ich habe, als ich heute Nachmittag den Änderungsantrag der FDP gelesen habe, zunächst gedacht: Fachbeitrag, das braucht man doch eigentlich nicht. Wir brauchen die breite Einbeziehung und Beteiligung der Öffentlichkeit. Das ist wichtig, damit wir so ein Bürgerprojekt auch erfolgreich voranbringen können. Jetzt habe ich aus dem Redebeitrag von Tom Høyem sehr gut verstanden, um was es ihm ging. Genau darum ging es mir auch, als ich die Antwort der Verwaltung gelesen habe. Lasst uns die Dinge wirklich genau überlegen. Es wird einmal ganz kurz das Stichwort Internationalisierungsstrategie erwähnt. Auch da haben wir als Politik unsere Aufgabe noch nicht konsequent gemacht. Auch da sollten wir noch einmal vertieft in die Diskussion gehen. Das rate ich uns allen. Vielleicht könnten wir uns bei einer Veranstaltung oder einem Workshop in einer ganz breiten Weise informieren, um dann die nächsten Schritte langsam anzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Ich habe den Antrag als einen Prüfauftrag verstanden. "Die Verwaltung prüft und verfolgt", damit beginnt dieser Antrag. Ich sehe den letzten Absatz der Antwort der Verwaltung, wo sie darauf hinweist - was Frau Fischer eben auch angesprochen hat -, dass man schon genaueres wissen muss, als wichtig. Wenn es eine Projektpartnerschaft ist, sollte man schon wissen, was für ein Projekt angegangen werden soll. Wo ist der Partner für dieses Projekt? Wie kann es realisiert werden? In welcher Zeit soll es realisiert werden? Die Themenschwerpunkte konkret, inhaltliche Anknüpfungspunkte. Die Verwaltung spricht an, das sind alles die Dinge, die zunächst geprüft werden müssen, ehe man hier weiterkommen kann.

Frau Fischer hat auch zu Recht die Internationalisierungsstrategie angesprochen, die auch dann dem zugrunde liegen soll. Wir erwarten dann, was im letzten Satz ausgeführt wird, dass die Verwaltung dem Gemeinderat Vorschläge zur Entscheidung für konkrete Projektpartnerschaften vorlegt.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Cramer (KAL): Frau Kollegin Fischer hat mir absolut aus dem Herzen gesprochen. Ich denke, wir sollten der Intention Ihres Wortbeitrags folgen. Auch das, was der Kollege Tom Høyem gesagt hat, ist wichtig. Ich denke nicht, dass wir heute irgendetwas übers Knie brechen und irgendwelche Abstimmungen machen und Beschlüsse fassen

sollten. Bei zwei Projektpartnerschaften, die jetzt schon einige Zeit laufen, ist auch noch nicht klar, wie es letztendlich weitergeht. Im Moment ist Stand der Dinge, dass man sagt, man lässt diese Geschichte dann den neuen Gemeinderat entscheiden bzw. mit ihm diskutieren, wohin die Reise geht, wie es weitergeht. Da würde aus meiner Sicht das hier mit hineinpassen. Ich würde heute auch sagen, dass wir der Antwort der Verwaltung so folgen in der Interpretation, wie es Herr Kollege Dr. Heilgeist gesagt hat, und dass wir dann schauen, wie wir voran kommen.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Der Antrag spricht mir vom Grundanliegen sehr aus dem Herzen. Ich finde es toll, dass wir dort, wo Not ist, wirklich ein Herz zeigen. Gleichzeitig - ich stoße in das gleiche Horn, wie meine Vorredner - können wir nicht einfach ein Land herausuchen und sagen, da machen wir jetzt etwas. Ich bin der Meinung, dass wir das ehrenamtliche Engagement, das in dieser Stadt schon hervorragend vorhanden ist, eruieren und herausfinden, wer ist schon unterwegs, was entspricht uns. Wie gesagt, diese frühe Festlegung auf ein Land geht mir zu schnell. Ebenso sollten wir erst feststellen, was in dieser Stadt schon vorhanden ist und das dann bündeln. Aber bitte keine schnelle Entscheidung. Ich bin sehr für die Sache, aber nicht in diesem Tempo.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Noch einmal kurz zur Klarstellung: Herr Dr. Heilgeist hat es schon richtig verstanden. Es sind Prüfaufträge, die wir in dem Antrag formuliert hatten. Zwei davon sind auch relativ alt - ich hatte es vorhin ausgeführt -: Sieben Jahre, nämlich die Aufnahme einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune - ich gebe zu: Region haben wir dazu gefügt, aber das ist jetzt nicht das Entscheidende - in einem Entwicklungsland zu prüfen und zu verfolgen. Das ist der Wortlauf der Millenniumserklärung. Herr Høyem, Sie hatten damals auch dazu gesprochen. Wie gesagt, das war ein einstimmiger Beschluss des Hauses.

Auch, dass das Thema Entwicklungsprojektpartnerschaften mit den Partnerstädten Karlsruhe, die Einrichtung einer Dreieckspartnerschaft, initiiert werden soll. Aber auch da ist jetzt nicht die Rede davon, dass es ein bestimmtes Land sein muss, sondern es ist nur die Richtung, dass eine Region oder ein Land des Südens sein soll. Wie ich vorhin ausgeführt habe, gibt es gute Beispiele für diese Dreieckspartnerschaften. Aber es ist keine Vorfestlegung darauf.

Ich gebe zu, "die Verwaltung konsultiert die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg", das ist tatsächlich in den Antrag hineingekommen, weil es sich ein wenig an dem anlehnt, was Rheinland-Pfalz mit Ruanda schon seit 20 Jahren ohne maßgebliche Unterbrechung auch während der schwierigen ethnischen Konflikte in Ruanda durchgeführt hat.

Wir haben jetzt noch die Situation, dass wir ergänzend - so habe ich Sie auch verstanden - den Änderungsantrag der Fraktion der FDP jetzt als Ergänzungsantrag Punkt 4 gerne in unseren Antrag aufnehmen wollen, damit explizit klar wird, dass es sehr wohl darauf ankommt, dass so eine partnerschaftliche Verbindung, die nachhaltig sein soll und auf Augenhöhe angelegt ist, von unten wachsen muss und nicht von oben verordnet werden kann.

Ich denke, wir sind in der Art und Weise - so habe ich auch die Redebeiträge verstanden - uns relativ einig hier im Hause. Wir würden jetzt die Verwaltung bitten, entsprechend ihrer Antwort, die nächsten Prüfschritte zu gehen, dann wieder auf uns zuzukommen und neu die zivilgesellschaftlichen Akteure rechtzeitig mit einzubinden, wenn Projekte in Aussicht stehen, die dann konkretisiert werden müssen durch zivilgesellschaftliches Engagement, damit man nicht von oben etwas verordnet, was von unten viel besser gestaltet werden kann.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Oberbürgermeister, glauben Sie mir, die letzten zwei, drei Monate ist richtig viel Unmut zwischen Ehrenamtlichen hier in Karlsruhe, die damit arbeiten, entstanden. Wir wollen - das hat jeder hier gesagt - die Ehrenamtlichen ernst nehmen. Was jetzt viele Ehrenamtliche erleben, die damit arbeiten, ist, dass die Stadt, ohne mit ihnen zu reden, das plötzlich verstaatlichen und bürokratisieren will. Deshalb schlage ich vor, wenn die Grünen und wir - wir sind normalerweise ganz weit von einander - sagen, es wäre eine gute Idee, Punkt 4 einzuarbeiten, dann bin ich überzeugt, dass die Ehrenamtlichen auch verstehen, dass wir alle mit ihnen zusammenarbeiten wollen. Lassen Sie es uns bitte so machen, dass unser Änderungsvorschlag als Punkt 4 aufgenommen wird.

(Beifall bei der FDP)

Der Vorsitzende: Ich würde Sie dennoch bitten, das so zu verstehen, wenn Sie jetzt zu Abstimmung kommen, dass wir uns mit dem neuen Gemeinderat über das Thema Städtepartnerschaften, Projektpartnerschaften und dann gegebenenfalls auch eine Dreieckspartnerschaft oder eine bilaterale Partnerschaft mit Institutionen in Burundi unterhalten, und dass wir dann gegebenenfalls einen solchen Fachbeirat zusammenschließen. Ich halte im Moment noch nichts von der Einrichtung eines Fachbeirats, wenn wir nicht zunächst von städtischer Seite geklärt haben, in welchem Umfang wir uns zutrauen, hier eine Moderation, eine Koordination und letztlich natürlich auch eine finanzielle Unterstützung zu leisten. Denn Burundi - das hat aber nichts mit Burundi zu tun, sondern mit der Entfernung und auch der Ungleichheit der Lebensverhältnisse - ist sicherlich noch anders als andere Städtepartnerschaften darauf angewiesen, dass es hier zumindest öffentlich flankiert begleitet und moderiert wird.

Insofern wäre mein Vorschlag: Wir nehmen den FDP-Antrag jetzt als Punkt 4 des Grünen-Antrags, und Sie geben uns die Chance, ein bisschen vorbereitend die Dinge zu sortieren und dann im Rahmen der Gesamtdiskussion Städtepartnerschaften einen Vorschlag abzustimmen, den wir dann im Gemeinderat beschließen. Auf dem Weg dorthin eruieren wir einmal, welche zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Burundi bzw. aus Karlsruhe zur Seite stehen können. Dass es ohne die nicht geht, ist völlig klar.

Wenn Sie so einverstanden wären und die beiden zusammengefassten Anträge so verstehen können, bitte ich Sie jetzt um das Kartenzeichen. - Dann hätten wir hier eine Einstimmigkeit, die dem Thema insgesamt gut tut.

Ich darf für das Protokoll noch feststellen, dass Herr Fostiropoulos und Herr Dr. Maul mittlerweile die Versammlung verlassen haben, also auch nicht mehr an der Abstimmung teilgenommen haben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
17. März 2014